

Parlamentarischer Abend im Holbornschen Haus



Vorstandsmitglieder C. Krebs, Dr. D. Hildebrandt, D. Henkelmann, W. Becker

Bereits zu einer schönen Tradition geworden ist der Parlamentarische Abend unseres Vereins in dem angenehmen Ambiente des **Holbornschen Hauses**.

Wieder wurde die Gelegenheit, bei welcher Politik und unser Verein sich über aktuelle und/oder fortwährende Themen des Stadtgeschehens austauschen, rege genutzt, um über gemeinsame Handlungsfelder, Erwartungen, Planungsstände und Anregungen zu diskutieren. In den letzten Jahren konnten diese **konstruktiven Dialoge** in Fachausschüssen und Arbeitskreisen und weiteren Gremien immer weiter vertieft werden. Hilfreich war es dann in allen Gesprächskreisen, dass gegenseitig die Ansprechpartner und ihre Kompetenzen für alle Themenfelder bekannt waren.

Als Gäste konnte der Vorstandsvorsitzende unseres H + G Göttingen e. V., Rechtsanwalt **Dr. Dieter Hildebrandt**, Fachanwalt für Miet- und WEG-Recht zahlreiche Ratsmitglieder fast aller Fraktionen – teilweise deren Vorsitzende – begrüßen; viele von ihnen Mitglieder des Bau- und Planungsausschusses sowie des Ausschusses für Soziales, Integration und Wohnungsbau. Seitens

der Verwaltung war Herr Stadtbaurat **Dienberg** erschienen. „Sehr erfreulich ist die Entwicklung, dass auch seitens der Politik stets großes Interesse besteht, unsere Zusammenarbeit zum Wohle der Stadt fortzusetzen, wie die wieder große Teilnehmerzahl heute zeigt“ eröffnete Dr. Hildebrandt die Parlamentarische Runde.

Themen waren: „**Straßenausbaubeiträge**“ und die „**Neuregelung der Grundsteuer**“.

Beide Themen waren bereits im Vorjahr grundsätzlich erörtert worden. Wie zugesagt, hatten sich die Ratsmitglieder zwischenzeitlich mit der Straßenausbaubeitragsatzung auseinandergesetzt, jedoch wurden lediglich kleine Erleichterungen für die Anlieger von verkehrsberuhigten Straßen beschlossen. Weiteres sollte im Zusammenhang mit der Neuregelung der Grundsteuer diskutiert werden.

Susanne Et-Taib, Referentin für Öffentlichkeitsarbeit des Vereins berichtete



Parlamentarische Runde



Dr. Dieter Hildebrandt, Susanne Et-Taib

über eine Informationsveranstaltung zum Thema, die von dem **Niedersächsischen Bündnis gegen Straßenausbaubeiträge e. V.** in Hannover organisiert worden war. Zahlreiche Initiativen haben sich hier zusammengeschlossen, um gegen die weitere Erhebung von Straßenausbaubeiträgen zu protestieren.

Die Erhebung von **Straßenausbaubeiträgen** verliert zunehmend an gesellschaftlicher Akzeptanz – und das bundesweit, wie auch der **Bund der Steuerzahler** bestätigt. Die Straßenausbaubeiträge werden derzeit in vielen Bundesländern und Städten ersatzlos abgeschafft – z. Bsp. in unserer Landeshauptstadt Hannover oder – ganz in der Nähe, in Northeim. Die Gründe legte Dr. Hildebrandt dar: „**Die Beiträ-**

ge ausschließlich von den Immobilieneigentümern zu verlangen wird als ungerecht empfunden, denn nicht nur diese nutzen die Straßen, sondern alle – Mieter, Pendler, LKW, der öffentliche Nahverkehr! Zudem sind die Beitragsforderungen teilweise unkalkulierbar hoch – liegen zwischen vier- und sechststelligen Euro-Beträgen – und belasten insbesondere junge Familien oder ältere Immobilieneigentümer unangemessen – diese können u. U. die Kosten nicht [mehr] über einen Kredit finanzieren.“

Wie sich in der anschließenden Diskussion schnell zeigte, findet sich trotzdem in Göttingen derzeit **keine politische Mehrheit**, um die Straßenausbaubeiträge abzuschaffen.

Helmi Bebehani (SPD) wies darauf hin, dass in der Vergangenheit die gesamte

Infrastruktur vernachlässigt wurde und jetzt im Rahmen des Zukunftsinvestitionsprogrammes die Sanierungsstaus behoben werden könnten. Dazu sei aber weiter eine „strenge Sparphase“ nötig, auch wenn die Steuereinnahmen derzeit „komfortabel“ seien. Auf die Einnahmen aus Straßenausbaubeiträgen könne nicht verzichtet werden. Raum für Grundsteuererhöhungen sei nicht gegeben.

H. O. Arnold (CDU) hob hervor, dass die Grundsteuer in Göttingen bereits zweimal um je 30 Prozentpunkte erhöht worden sei. Weiteres sei nicht zumutbar. Mit der Schaffung von immer mehr erschwerenden Randbedingungen für Baumaßnahmen und den ehrgeizigen Klimazielen sei es unerlässlich, dass das Land Fördermittel bereit stelle, damit die Kommunen ihren Verpflichtungen nachkommen können. Land und Bund hätten erhebliche Einnahmen. Mit dem neuen Gesetzesentwurf zur Erhebung von Straßenausbaubeiträgen habe die Landesregierung nicht viel gewagt. Die vorgesehenen Stundungsmöglichkeiten bis zu zwanzig Jahre würden bei hoher gesetzlicher Verzinsung nicht genug Erleichterungen schaffen.

Jens Grothey (SPD) warnte hingegen davor, dass das Land Niedersachsen die Ausbaubeiträge übernimmt. Dann wären auf einmal alle Straßen sanierungsreif und die Anlieger würden „goldene Bordsteinkanten“ fordern – mit unabsehbaren Kosten.

Felicitas Oldenburg (FDP) bezeichnete das als „absurd“. Sie forderte nach wie vor, die Straßenausbaubeiträge komplett abzuschaffen. Die öffentlichen Straßen müssten aus Steuermitteln finanziert sein. Ein Zuschlag zur Einkommensteuer sei z. B. ganz „simpler zu machen“. Bei Beiträgen sei es Pflicht, dass speziell für die Gruppe der Zahler eine Gegenleistung erbracht werde. Dass nur die Anlieger mit den Kosten belastet werden sei „grob ungerecht“ und verstoße gegen den Grundsatz der Gebührenwahrheit und -klarheit.

Dr. Welter-Schultes (Piraten) schloss sich der Auffassung an, dass Städtebaubeiträge aus dem Etat der Kommunen



Dr. Dagmar Sakowsky, Thomas Harms



Wibke Güntzler, Hans-Otto Arnold

aufgebracht werden müssten. Die Erhaltung der Straßen sei eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Viele Anlieger seien bereits durch Lärm und Abgase stark belastet. Warum gerade sie einen Großteil der Kosten begleichen sollen, sei nicht nachvollziehbar. Seine Partei habe – zusammen mit der FDP- hierzu konkrete Anfragen an die Verwaltung gerichtet. Bürgerbeteiligung sei bei dem brisanten Thema wichtig.

Dr. Dieter Hildebrandt (Verein) hielt es für sinnvoll, das Thema „Grundsteuer“ bereits jetzt – vor einer Neuregelung – zu diskutieren, dann wie auch immer die Randbedingungen bis Ende 2019 festgelegt würden, die Kommunen könnten die Kosten durch Festlegung des Hebesatzes steuern.

Thomas Harms (Grüne) meinte die Überlegungen zur Grundsteuerregelung

seinen „Spökenkiekerelei“, denn niemand könne derzeit sagen, wie die Grundsteuer wirklich künftig erhoben wird. Bis dahin sollten Diskussionen zurück gestellt werden.

Stadtbaurat Dienberg appellierte an die Anwesenden, Beiträge und Steuern nicht in einen Topf zu werfen. Auf die Erhebung der Straßenausbaubeiträge solle nicht verzichtet werden. Es handle sich um „ein gerechtes und bewährtes Verfahren“, im Gegensatz zu wiederkehrenden Beiträgen, die einen großen Verwaltungsaufwand mit sich brächten und nicht rechtssicher seien. Eine Abschaffung der Straßenausbaubeitragssatzung [Strabs] käme nicht in Frage, neben der Grundsteuer seien die Straßenausbaubeiträge eine wichtige Einnahmequelle für die Stadt.

Rolf Becker (Grüne) stellte klar, dass die Kosten für den Straßenausbau nicht auf die Mieter umlegbar seien und seine Partei eine Umstellung auf wiederkehrende Erhebungen mit „Abwälzung“ auf die Mieter nicht mittragen würde.

Dr. Dagmar Sakowsky (Grüne) gab ihrer Hoffnung Ausdruck, dass mit zunehmenden Mobilitätsmaßnahmen wie Carsharing, E-Bikes, E-Cars etc. nach und nach der Straßenausbau und damit auch die Beiträge zurückgehen würden.

Susanne Et-Taib (Verein) betonte zunächst, dass dem Verein an einem konstruktiven Miteinander von Immobilieneigentümern, Politikern und Verwaltung gelegen sei, dass sei Voraussetzung für eine demokratisches Vorgehen. Allerdings könnte nicht nachvollzogen werden, dass ein Straßenausbau in Göttingen nicht ohne Erhebung von Beiträgen finanzierbar sei solle. **Anders als andere Kommunen hat Göttingen keine leeren Kassen** – im Gegenteil: Der Haushalt der Stadt Göttingen steht ausgesprochen gut da. Das Haushaltskonsolidierungskonzept [HSK] wurde sogar fünf Jahre früher als geplant beendet. Sie hatte entsprechende Unterlagen zusammengestellt, wonach die Einnahmen aus Straßenausbaubeiträgen für Göttingens Haushaltslage nicht von großem Belang sind.

Tom Wedrins (SPD) wies darauf hin, dass das beschlossene Zukunftsinvestitionsprogramm ein „Riesenbrocken“ für die Stadt sei und die Finanzierung



Felicitas Oldenburg



Klaus-Peter Hermann, Thomas Dienberg, Frank-Peter Arndt



Renate Bank



Tom Wedrins, Helmi Behbehani

hierfür über den Doppelhaushalt abgebildet werden muss. Dafür würden auch die Einnahmen aus den Straßenausbaubeiträgen benötigt. Außerdem stelle die Zahlung von Grundsteuer und Straßenausbaubeiträgen eine „soziale Verpflichtung“ dar. Einzige Alternative wäre, dass das Land oder der Bund die Kommunen von Kosten entlasten würde.

Nach dem Plenum wurden die Diskussionen – wie in den Vorjahren – in vielen Einzelgesprächen bei einem Imbiss und Getränken im Foyer des Holbornschen Hauses fortgesetzt.

Am Ende des Abends waren sich alle – trotz teils kontroverser Standpunkte –

einig: Es war wieder ein fruchtbarer und kompetenter Austausch in sehr angenehmer und konstruktiver Atmosphäre.

set

Bilder: Sultane Turan-Schüßler

Der Schornsteinfeger
Ihr Sicherheits-,
Umwelt- und Energie-Experte



Jörg Rudolph
Schornsteinfegermeister
Betriebswirt (VWA)
Gebäudeenergieberater

Am Feldborn 8e
D-37077 Göttingen
bsfm.joerg.rudolph@arcor.de

Tel. Büro: 05 51 / 2 49 78
Tel. Priv.: 05 51 / 2 05 21 37
Telefax: 05 51 / 50 33 86 26
Mobil: 01 71 / 6 21 59 57



AHLBRECHT + JACOBSEN

Elektroinstallation • Hausgeräte • Fernsehen • Kundendienst

• Am Eikborn 34, 37079 Göttingen • Tel.: 0551/61474

• www.ajelektro.de • info@ajelektro.de

Seit 20 Jahren Ihr Partner in der Region

...alles gut bedacht!



Christian Sorge
Dachdeckermeister

Gut Reibstein • 37124 Rosdorf-Lemshausen
Tel. 0 55 07 / 21 95 • Fax 21 99
Mobil 01 / 71 / 54 39 603

Ökologische Dämmplatten von Bauder
verhelfen zum Wohlfühldach



BAUDER
macht Dächer sicher.

Ihr Partner für Wasser, Wärme und Energie



REGENHARDT
SANITÄR • HEIZUNG • HAUSTECHNIK

Energiesparsysteme • Solaranlagen
Wartung • Barrierefreie Bäder

Dipl.-Ing. Wolfgang Regenhardt
An der Suhle 17 • 37136 Seulingen
Tel. 05507/9660-0 • info@regenhardt-haustechnik.de
www.regenhardt-haustechnik.de

PARAN KREIDE